

«Saubere Analyse und keine Ausreden»

Aufgaben- und Verzichtsplanung: Der Thurgauer Regierungsrat darf 300'000 Franken in externe Berater investieren.

Hans Suter

Die Amriswiler Grünen-Fraktionspräsidentin Sandra Reinhart bringt es auf den Punkt: «Der Kanton Thurgau verzeichnet ein Rekorddefizit bei rekordtiefem Steuerfuss.» Die Mehrheit des Grossen Rats verweigert sich jedoch einer Erhöhung des Steuerfusses. Somit muss das Ziel eines ausgeglichenen Finanzhaushalts primär über Einsparungen erreicht werden.

Dazu hat der Regierungsrat seiner aktualisierten Finanzstrategie 2025–2031 ein neues Handlungsfeld hinzugefügt: eine Aufgaben- und Verzichtsplanung (AVP).

Das Einsparvolumen durch die AVP soll ab 2027 mindestens 40 Millionen Franken und ab 2028 mindestens 80 Millionen Franken betragen. Die dafür zu erwerbenden und zu beschliessenden Massnahmen müssen zudem über mehrere Jahre wirken und somit nachhaltig sein.

In der AVP noch nicht berücksichtigt ist der Volksentscheid vom vergangenen Sonntag, die Liegenschaftsteuer abzuschaffen. Durch den Wegfall dieser Objektsteuer fehlen dem Kanton ab dem 1. Januar 2029 zusätzlich mindestens 15 Millionen Franken pro Jahr.

Kanton braucht externe Unterstützung

Laut Finanzdirektor Urs Martin sieht sich die kantonale Verwaltung ausserstande, das Entlastungsvolumen von 80 Millionen Franken mit den bestehenden Personalressourcen zu bewältigen. «Zudem würde bei einer rein internen Lösung die notwendige Aussensicht fehlen», merkt der Regierungsrat selbstkritisch an.



Kantonsrat Hans Eschenmoser, SVP, Weinfelden, GFK-Präsident. Bild: zvg



Kantonsrätin Sandra Reinhart, Grüne, Amriswil. Bild: zvg



Kantonsrätin Aline Indergand, SVP, Altnau. Bild: zvg

Deshalb beantragt er dem Grossen Rat einen Nachtragskredit – im Sinn eines Verpflichtungskredits – von 300'000 Franken für externe Beratung. Die Summe setzt sich zusammen aus 150'000 Franken für fachliche Beratung, Ausarbeitung von Vorschlägen und Begleitung des Projekts sowie 150'000 Franken für die Bereitstellung der Daten für einen datenbasierten Vergleich mit anderen Kantonen.

Es ist vorgesehen, dass die Berater dem Regierungsrat ein Gesamtpaket mit zwei terminlich ausgerichteten Teilen vorlegen. Und zwar so, dass die in der Kompetenz des Regierungsrats liegenden Massnahmen ihre Wirkungen bereits im Jahr 2027 entfalten können. Das Massnahmenpaket mit notwendigen Gesetzesanpassungen soll dem Grossen Rat zeitlich so vorgelegt werden, dass es in das Budget 2028 einfließen kann.

Die Zielsetzungen der AVP 2025–2031

Mit der Aufgaben- und Verzichtsplanung (AVP) 2025–2031 werden folgende Ziele verfolgt:

1. Sämtliche Aufgaben und Leistungen der kantonalen Verwaltung Thurgau sind kritisch zu prüfen und mit anderen Kantonen zu vergleichen.

2. Im Zentrum der Verzichtsplanung stehen Gesetzes- und Verordnungsanpassungen sowie Leistungsvereinbarungen.

3. Die AVP 2025–2031 muss von den beiden Handlungsfeldern «Aufwand in den Globalbudgets» und «Transferaufwand» der Finanzstrategie abgegrenzt werden. Die Massnahmen dieser

beiden Handlungsfelder beziehen sich auf schwach gebundene Ausgaben. Dies sind vertragliche oder andere Verpflichtungen, die kurzfristig durch die Verwaltung angepasst werden können. Hier besteht grosse Handlungsfreiheit bezüglich der Ausgabe. Die AVP 2025–2031 hat sich schweremässig auf die mittlere Gebundenheit von Ausgaben zu konzentrieren.

4. Das Einsparungsvolumen soll ab 2027 mindestens 40 Millionen Franken, ab 2028 80 Millionen Franken betragen. Die Massnahmen müssen über mehrere Jahre wirken. (hs)

Verpflichtungskredit positiv gegenüber.

Kommission verlangt auch Überprüfung der Effizienz

Der GFK reicht der damit verbundene Auftrag aber nicht aus. In der Kommissionssitzung wurde mit 14:4 beschlossen, dem Grossen Rat eine zweite Beschlussziffer zu beantragen: Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen des Verfahrens auch die Effizienz der kantonalen Leistungserbringung zu überprüfen. Das Parlament steht auch diesem Antrag positiv gegenüber.

Keine der sieben Grossratsfraktionen spricht sich gegen die AVP und die Effizienzüberprüfung aus. In der inhaltlichen Ausgestaltung gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Bereits der Kommissionsbericht der GFK hält eine Befürchtung fest: «Das Ergebnis darf nicht sein, dass gesparte Kosten auf die Gemeinden abgewälzt werden.»

«Die Ergebnisse müssen auf den Tisch»

«Der Blick von aussen ist zwingend, ebenso der Einbezug des Grossen Rates», sagt Mitte/EVP-Fraktionschef Kilian Imhof (Mitte, Balternau). Er betont: «Lösungen sind nur mit Verzicht möglich.» Deshalb müsse auch der Steuerfuss wieder auf die richtige Höhe angehoben werden. Sandra Reinhart von der Grünen-Fraktion sagt: «Kosten

den Gemeinden zuzuschieben, geht nicht.» Es sei auch nicht richtig, das jährliche Einsparziel von 40 beziehungsweise 80 Millionen Franken zu definieren, bevor die externe Prüfung erfolgt sei.

Die GLP-Fraktion sorgt sich um die Qualität der angestrebten Vergleiche mit anderen Kantonen. Der Auftrag an die Berater sei nicht klar definiert, sagt Fraktionschef Reto Ammann: «Wir sind dankbar, wenn der genaue Auftrag präzise formuliert, was man unter Quervergleich zu anderen Kantonen versteht.» Es müsse darum gehen, zu analysieren, was andere Kantone nicht oder nicht mehr tun.

Die SVP-Fraktion erwartet eine «saubere Analyse und keine weiteren Ausreden, was alles nicht gestrichen werden kann», wie Aline Indergand (Altnau) unterstreicht. «Die Ergebnisse müssen auf den Tisch, und zwar bald. Die Richtung stimmt, wir sehen den Nachtragskredit aber kritisch.»

Die FDP will «einen schlanken Staat», sagt Martina Pfiffner Müller (Gachnang) und fordert: «Dort Aufgaben kürzen, wo diese nicht mehr notwendig oder nicht mehr nachgefragt sind und keinen Mehrwert für den Kanton mehr schaffen.»

Während die SP hoffnungsvoll in die Zukunft blickt, zweifelt die EDU/Aufrecht-Fraktion laut Marcel Wittwer (EDU, Schocherswil) «bahnbrechende Ergebnisse» an.

Der Kanton ist ab sofort in Oberthurgauer Hand

Am Mittwoch hat das Thurgauer Kantonsparlament einen neuen Grossrats- und einen neuen Regierungspräsidenten gewählt.

Stefan Marolf

Schoggiherzen für alle: Am Mittwoch hat sich Peter Bühler (Mitte, Ettenhausen) als Grossratspräsident verabschiedet. Das Jahr sei fantastisch gewesen, sagt er in seiner Abschiedsrede, aber nicht nur: «Als der Stuhl links von mir plötzlich leer blieb, hat mich das sehr betroffen gemacht. Die erste Sitzung nach dem Tod von Regierungsrätin Sonja Wiesmann beschert mir heute noch Hühnerhaut.»

Belastend war das Jahr auch für Peter Bühlers Frau und die beiden gemeinsamen Töchter. «Ich weiss, worauf sie verzichten mussten», sagt der abtretende Grossratspräsident. Seine Familie sei an die Grenze des Verantwortbaren gestossen und habe ihn trotzdem fast immer unterstützt. Dafür bedankt er sich am Mittwoch bei seiner Frau, die auf der Zuschauertribüne Platz genommen hat – und verliert selbst dabei seinen Schalk nicht: «Wäre ich vorlaut, würde ich sagen, sie sei hier, um sicherzustellen, dass ein Nachfolger für mich gewählt wird.»

René Walther und Dominik Diezi übernehmen

Ein paar Minuten später ist es so weit: Der Arboner Stadtpräsi-



Urs Martin, Dominik Diezi, René Walther und Felix Meier haben in der Thurgauer Politik ein Jahr lang das Sagen.

Bild: Ralph Ribi

dent und FDP-Kantonsrat René Walther holt 114 von 120 massgebenden Stimmen und nimmt turnusgemäss für seine Fraktion auf dem Präsidentenstuhl Platz. Im Thurgau sei das Volk der König, sagt er in seiner Antrittsrede. «Wir sind so etwas wie Gesandte des Königs und müssen mehrheitsfähige Lösungen finden, die in seinem Sinne sind. Dazu werde ich meinen Beitrag leisten.»

Walthers erster Beitrag: Er führt die Wahl des Grossrats-Vizepräsidenten durch: SP-Kantonsrat Felix Meier (Romanshorn) macht 109 von 119 massgebenden Stimmen und wird das nächste Amtsjahr an René Walthers Seite ganz vorne im Ratssaal verbringen.

Ebenfalls neu gewählt: der Regierungspräsident. Walter Schönholzer tritt ab, Dominik Diezi folgt – er holt 105 von 117 massgebenden Stimmen. Sein Vize wird Urs Martin, der mit 91 von 106 massgebenden Stimmen gewählt wird.

Aussergewöhnlich: Seit gestern ist der Kanton in Oberthurgauer Hand. Grossratspräsident René Walther und Regierungspräsident Dominik Diezi kommen aus Arbon, die beiden Vizes Felix Meier und Urs Martin aus Romanshorn.